

JA zu Göttingen – Kein Kahlschlag – Göttingen soll lebenswert bleiben

NEIN zum Diktat der Landesregierung – Kommunen dürfen sich nicht dem Sparzwang unterwerfen

Die Zahlen sind auf dem Tisch, die Verwaltung um OB Meyer (SPD) und die Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU/FDP wollen mit Hilfe eines von der schwarz-gelben Landesregierung propagierten sogenannten Entschuldungshilfeplanes (EHP/Zukunftsvertrag) langfristige Schulden abbauen.

Diesen vielbeschworenen Weg Göttingens heraus aus den Schulden gibt es allerdings nicht zum Nulltarif. Die Übernahme eines Teils der langfristigen Schulden durch das Land ist an knallharte Bedingungen geknüpft. Die Verwaltung selbst spricht von „deutlichen und schmerzhaften Einschnitten“ bei sozialen und kulturellen Angeboten und Leistungen.

Wir LINKE haben bereits mehrfach in flächendeckend verteilten Informationsschriften seit April letzten Jahres davor gewarnt und konkret auf die Kürzungspläne der anderen Parteien hingewiesen.

Lange Rede kurzer Sinn: Die Stadt Göttingen muss in den kommenden zehn Jahren einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren. Klingt gut – aber wie sieht das konkret aus?

1. Es werden die sogenannten *Freiwilligen Leistungen* auf Dauer deutlich reduziert werden – hier nur einige wenige Beispiele:

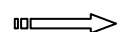
a.	Deutliche Kürzung der Mittel durch Zusammenführung oder Vermischung kultureller Einrichtungen wie KAZ mit Musa oder Deutsches Theater mit Teilen des Jungen Theaters
b.	Kürzungen der Zuschüsse für das Stadtradio Göttingen
c.	Verzicht auf die Steigerungsklausel für Zuschussempfänger in der Kultur und damit im Ergebnis: Einfrieren von Lohn und Gehalt der Beschäftigten
d.	Weitere Kürzung der Mittel für die Sozialcard Göttingen zu Lasten der Hartz IV-Empfänger
e.	Kürzungen bei sozialen Wohlfahrtseinrichtungen
f.	Streichung von Mitteln für Pro Familia, der einzigen nicht konfessionell gebundenen Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle und einzigen Sexualberatungsstelle in Südniedersachsen
g.	Streichung von Zuschüssen beim Frauen-Notruf
h.	Schließung von Kinderspielplätzen
i.	Deutliche Kürzung von Mitteln für das Schulessen von Kindern
j.	Kürzungen bei der Sportförderung
k.	Schließung des Freibades in Weende
	Und einiges mehr...

2. Des Weiteren werden Gebühren und Steuern zulasten aller Bürgerinnen und Bürger erhöht – hier Beispiele:

a.	Anhebung der Grundsteuer B, womit sich die kleinen Eigenheimbesitzer auf höhere Nebenkosten und die Mieter auf eine deutliche Mietsteigerung um ca. 30 € pro Monat einstellen können
b.	Parkgebühren, Hundesteuer, Automatensteuer sind weitere Beispiele

3. Bei der Wirtschafts- und Ausbildungsförderung soll auch deutlich gespart werden:

a.	Die Mittel zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) werden gestrichen. Besonders Kleinunternehmer werden davon betroffen sein.
b.	Die Zuschüsse für die Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung werden zusammengestrichen. Betroffen sind besonders Jugendliche mit einem höheren Förderbedarf.



Warum lehnen wir diese Maßnahmen ab, obwohl eine vermeintliche Entschuldungshilfe abgeschöpft werden kann?

Wir LINKE wissen, dass die Berechnungen mit halber Wahrheit dargestellt werden und sind der festen Überzeugung, dass eine Entschuldungsplanung für zehn Jahre nicht funktionieren kann, weil

- die Stadtverwaltung, SPD, Grüne und CDU/FDP verschweigen, dass künftig weitere Kürzungen in dem Moment vorgenommen werden müssen, wenn die Zinssätze wieder steigen und der Haushalt ausgeglichen werden muss.
- ein Gemeinwesen wie die Stadt Göttingen nicht funktionieren kann, wenn man auf Investitionen verzichten muss. Stellen sie sich einmal vor, dass sie zehn Jahre lang keine Anschaffungen tätigen dürfen! Ein Verschuldungsverbot ist nichts anderes als ein Investitionsverbot.
- die strukturellen Probleme der Kommunen nur durch eine notwendige bessere finanzielle Ausstattung seitens der Landes- und Bundesebene gelöst werden können.
- die Banken und Heuschrecken als verantwortliche Mitverursacher der Finanzkrise nicht zur Kasse gebeten werden und die Schuldentilgung wie immer von den Bürger/innen geschultert werden soll.

Gibt es einen Ausweg aus dieser Misere?

Wir LINKE sagen JA! Wir kämpfen seit vielen Jahren - nicht nur im Rat der Stadt Göttingen - gegen diesen Sparwahn. Wir bieten darüber hinaus mit unseren Initiativen auf der kommunalen, Landes- und Bundesebene Alternativen zur Umverteilung des unbestrittenen gesellschaftlichen Reichtums an. Leider werden unsere Vorschläge zu Vermögens-, Erbschafts- und anderen Steuern von SPD, Grünen, CDU und FDP bisher noch ignoriert. Wir sagen: Es wäre ein Leichtes, sich in den Parteien für ein Umsteuern hin zu einer bedarfsorientierten Ausstattung der Kommunen einzusetzen!

Warum kämpfen wir nicht gemeinsam für andere politische Mehrheiten in Land und Bund und geben den Kommunen das, was ihnen nach dem Grundgesetz zustehen müsste?

Wir sollten es uns auch nicht weiter gefallen lassen, dass für eine Kampagne für den „Zukunftsvertrag“ 60.000 EURO ausgegeben werden aber dabei die Bürger/innenbeteiligung nicht ernsthaft betrieben wird. Wir sollten auch nicht hinnehmen, dass sich Politiker von SPD, Grünen und CDU in Weende jetzt als Verteidiger des Weender Freibades hinstellen, die noch vor einem Jahr die Schließung gefordert haben. Wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass viele - gerade aus der SPD und von den Grünen - links blinken und dann rechts abbiegen. Diese Politiker sind nicht glaubwürdig!

Wir wollen alles erhalten, nichts schließen, keine Entsolidarisierung der Einrichtungen und der Bevölkerung, kein gegeneinander Ausspielen. Auch eine Schließung der Stadthalle kommt für uns nicht in Frage! Die konkreten Auswirkungen auf Dienstleistungen und Einrichtungen sind katastrophal. Sie führen zu einem inakzeptablen Ausdünnen von Angeboten für uns Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen uns weiterhin gemeinsam gegen die Front der Befürworter aus den etablierten Parteien wehren!

Unterstützen Sie die Proteste, sprechen sie mit ihrer Familie, Freunden, Bekannten und Vereinskamerad/innen darüber! Nutzen Sie die Internetplattform der Stadt für ihre Proteste! Kommen Sie zum Bürgerforum am 14. März und besuchen Sie die Ratssitzung am 16. März!

Auch danach sollen die Proteste weitergehen! Achten sie auf Ankündigungen! Sprechen sie uns an!

**NEIN zum ‚Entschuldungshilfeplan‘ und zum „Zukunftsvertrag“
JA zu einem liebenswerten Göttingen!**

GÖLINKE.

im Rat der Stadt Göttingen

www.zukunftsvertrag-nein-danke.de

V.i.S.d.P.

DIE LINKE.

Patrick Humke, MdL
Abgeordnetenbüro Göttingen

Lange-Geismar-Str. 2
37073 Göttingen

Tel. 0551-770 80 02
info@patrick-humke.de
www.patrick-humke.de
Facebook: Patrick Humke